

19 februari 1959

U 1061/59 - C 46 - P4/PS9.

*FA 9627/17*

**GEHEIM**

Land: Sowjet-Unie, Polen, Tsjechoslowakije.  
Onderwerp: Diverse politieke gegevens over de Sowjet-Unie,  
Polen en Tsjechoslowakije.

Referenties:

Datum van  
waarneming: Januari 1959.

Bron: Betrouwbaar.

Opmerkingen:

Verzonden aan: de Minister van Buitenlandse Zaken.

Aan Zijne Excellentie Prof. Dr. L.J.M. BEEL  
Minister-President

Plein 1813 no. 4

's-GRAVENHAGE.

19 februari 1959

U 1061/59 - C46 - P4/P59

**GEHEIM**

Einige politischen Angaben über die Sowjet-Union, Polen  
und die Tschechoslowakei.

Der polnische Außenminister Rapacki stattete in der Zeit vom Januar 1959 den tschechoslowakischen Außenminister David einen Besuch ab. Bei Besprechungen waren außer den beiden Außenministern der polnische Botschafter in Prag, Franciszek Mazur, und der stellvertretende tschechoslowakische Außenminister Gregor zugegen.

Die Sonderstellung Polens in der Anknüpfung außenpolitischer Beziehungen mit den westlichen Staaten, die durch den Rapacki-Plan und durch das geschickte Manövrieren polnischer Politiker und vor allem auch Journalisten ermöglicht wurde, und den Anschein erweckte, Polen verfolge eine eigene Außenpolitik, hat jetzt endgültig im kommunistischen Raum an Primat verloren. Das Gegengewicht von Polen ist in Prag erwachsen: Auch die ČSR möchte die Außenpolitik der kommunistischen Staaten gegenüber dem Westen aktiv gestalten. Dadurch ist - abgesehen von Kutschina - eine Dreiteilung der kommunistischen Politik gegenüber dem Westen erfolgt:

1. Die Sowjet-Union will die Westmächte - vor allem die USA, England und Frankreich - zur Änderung ihrer gegenwärtigen Politik gegenüber der Bundesrepublik veranlassen. Dies soll in erster Linie durch die Beeinflussung der Bevölkerung dieser als auch der anderen Länder, die während des Krieges durch die Deutschen irgendwie in Mitleidenschaft gezogen wurden, erreicht werden. Zum anderen möchte man durch die verlockenden Handelsmöglichkeiten im Zeichen der Konjunkturabschwächung diese Beeinflussung in Form eines öffentlichen und wirtschaftlichen Druckes auf die jeweiligen Regierungen ausüben.

2. Polen, das durch den Rapacki-Plan eine Möglichkeit besitzt, wieder zum politischen Gespräch zu werden, erhielt die Aufgabe, sowohl über die norwegischen und dänischen Sozialisten, als auch über ihre deutschen Parteifreunde - zu ihnen zählen Carlo Schmid, Erler, Wehner und Brauer - und damit über die deutsche sozialistische Presse die deutsche Bevölkerung und die Bundesregierung von der Sinnlosigkeit der gegenwärtigen Außenpolitik des Bundeskanzlers gegenüber Polen und zumindest auch der ČSR zu überzeugen. Es wird von Polen, aber auch von der Sowjet-Union und der ČSR, die Anerkennung der Ostzone als selbständiger Staat angestrebt. Man hofft dies auf dem Umwege über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik zu erreichen.

Während die Bemühungen Polens sich in den Ländern Norwegen und Dänemark durch die diplomatischen Kanäle vollziehen, bedient sich Rapacki gegenüber den deutschen Sozialisten - in erster Linie

MP

gegenüber dem für menschliche Schicksale sehr empfindsamen Vizepräsidenten des Bundestages, Professor Carlo Schmid, dem während seines Aufenthaltes im Frühjahr 1958 in Warschau die früheren Stätten der früheren deutschen Verbrechen gezeigt wurden - polnischer Wissenschaftler, die mit ihnen offiziell ständige Kontakte halten. So ging auch damals die Einladung des Vizepräsidenten offiziell von dem Dekan der juristischen Fakultät der Warschauer Universität aus, von dem Manne, der bei den Naziprozessen der polnische Ankläger war. In Wirklichkeit war es das polnische Außenministerium, das sich der vermittelnden Rolle des früheren polnischen Departementsdirektors im polnischen Auswärtigen Amt, Zdroynowski, der jetzt einer der Chefredakteure der dem Auswärtigen Amt nahe stehenden Zeitschrift "Swiat i Polska" ist, bediente. Zdroynowski entstammt dem polnischen Adel, hat ein ausgesprochen westliches Aussehen und eine eben solche Erziehung und spricht mehrere westliche Sprachen. Seine Aufgabe ist es, sich in den westlichen Ländern umzutun und organisiert gelegentlich solche Besuche wie den des Sozialisten Carlo Schmid. Zdroynowski war es auch, der im letzten Herbst in Wien die Bereitschaft der Wiener Regierung zur Erweiterung des Rapacki-Planes auch auf Österreich erkunden sollte. Erst vor wenigen Wochen war er wieder in der Bundesrepublik bei Carlo Schmid. Carlo Schmid hatte auch den Besuch des sozialistischen Sachexperten in der Bundesrepublik, Erlers, nach Warschau in die Wege geleitet. Dieser Besuch sollte bereits im letzten Sommer und dann im Herbst durchgeführt werden. Man hat es jedoch für richtig gehalten, Erlers Warschau-Besuch erst nach seiner Reise in die Vereinigten Staaten zur Durchführung zu bringen. Die deutsche Sozialistengruppe um Carlo Schmid und Erlers glaubt nach wie vor, daß Polen in der Lage ist, seine eigene Außenhandelspolitik sowohl gegenüber dem Westen als auch gegenüber der Sowjet-Union zu gestalten. Nicht nur das westliche Benehmen und Aussehen einzelner Funktionäre im polnischen Auswärtigen Amt - einschließlich des Journalisten Zdroynowski - sondern mehr noch die irreführenden Berichte des westdeutschen Journalisten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Dr. Stehle (in Warschau akkreditiert) und die bewußt neutralistische Zeitungspolitik der anderen großen westdeutschen Zeitung "Die Welt" aus Hamburg, sowie die Meldungen des deutschen DPA-Vertreters in Warschau - die DPA befindet sich in sozialistischen Händen - vertiefen diesen Irrglauben der erwähnten Sozialistengruppe.

3. Während die Bemühungen der Polen in erster Linie aufgrund der direkten Kontakte von polnischen Persönlichkeiten und den deutschen Sozialisten bereits gewisse Wirkungen zeigen, glaubt die Tschechoslowakei eher mit Hilfe wirtschaftlicher Druckmittel auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik mit der CSK einwirken zu können. Auch hier sollen die Wege, die zu diesem Ziele führen, über die deutschen Sozialisten - insbesondere über die Hamburger - geebnet werden: Der tschechoslowakische Warentransit über den Hamburger Hafen ist nämlich wertmäßig von 13 Mill Dollar im Jahre 1957 auf 6,8 Mill Dollar im Jahre 1958 zurückgegangen (im vergangenen Jahr wurden etwas über 900 000 t tschechoslowakische Waren über Hamburg umgeschlagen) und wird in diesem Jahr die Höhe von 600 000 t - so sehen es die tschechoslowakischen Pläne vor - nicht übersteigen. Für den Hamburger Hafen bedeutet das einen empfindlichen Verlust, zumal bekanntlich das Hamburger Hinterland, die heutige Ostzone, fehlt. Die tschechoslowakische Regierung betrachtet diese Entwicklung als einen Trumpf, den sie den um Hamburgs Vollbeschäftigung besorgten Stadtseparatoren - es sind vorwiegend Sozialisten - zuspitzen will. Die Tschechen haben kürzlich in Prag dem Hamburger Senator Platte gegenüber bereits angedeutet, daß die CSK bereit ist, ihre Warentransite über Hamburg wesentlich zu steigern, falls es zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen seitens der Bundesrepublik mit ihrem Lande kommt. Durch diesen Politiker sollen die sozialistischen Parteiführer und Bundestagsabgeordneten sowohl auf die Öffentlichkeit, als auch auf die Bundesregierung einen Druck ausüben. Doch der eigentliche Grund ist, daß dann einer Anerkennung der Ostzone als selbständiger Staat nicht mehr allzu viel im Wege steht. Als zweiten Trumpf will man die Auslieferung der deutschen noch in der CSK inhaftierten Kriegsverbrecher an die deutschen Gerichte ausspielen.

Die Steigerung des Warentransits der CSK über den Hamburger Hafen wäre jedoch nur eine vorübergehende Maßnahme, um die Bundesregierung anzulocken. Als bald würde sie dann wieder allmählich zugunsten Polens und ab 1961 auch zugunsten der Ostzone aufgehoben werden. Die schriftlichen Vereinbarungen, die im Rahmen des Comecon zwischen Polen und der CSK bestehen, sehen nämlich schon im Jahre 1959 einen Warentransit tschechoslowakischer Güter über die zur Zeit polnischen Häfen Stettin und Gdynien von 1 850 000 t vor und wird 1960 auf rund 2 300 000 t angehoben worden sein.

Die CSR hat an Fall P lens eingesehen, daß sich manche eigene politische Ziele durch die Zulassung der westdeutschen Presse in der Tschechoslowakei leichter erreichen lassen. Deswegen bemüht man sich nunmehr in Prag, westdeutsche Journalisten anzulocken d.h., sie zu akkreditieren.

Darüber hinaus wird die Einschaltung der CSR in die kommunistische Außenpolitik auch auf dem Gebiet der Presse vorgetragen. Für Anfang Mai ist in Prag ein Journalistenkongreß angesetzt worden. Hierzu zu diesem Kongreß, der offiziell vom tschechoslowakischen Journalistenverband in Prag, Staliniva 3, durchgeführt werden soll, in der Tat jedoch vom tschechoslowakischen Außenministerium angeregt wurde, beabsichtigt man, die namhaftesten Journalisten aus den Ostblockstaaten und aus der übrigen Welt - darunter die Amerikaner Walter Lippman, die Gebrüder Alsop und andere - einzuladen. Als Diskussions-themen werden aller Voraussicht nach die Verhinderung der westdeutschen Wiederbewaffnung, Fragen der "friedlichen" Koexistenz Ost-West sowie die Auflösung der militärischen Blöcke - Nato und Warschauer Pakt - gestellt. Da die Frage der Auflösung wirtschaftlicher Blöcke - also auch des Comecon - nicht besprochen werden wird, kann man vielleicht aus der Tatsache schließen, daß keine Wirtschaftsjournalisten zu dieser Veranstaltung eingeladen sind. Die Einladungen selbst sind in zwei Formen abgefaßt: einmal für aktive Teilnehmer und dann auch für Beobachter.

Mit Hilfe der CSR wird - dies erst nach Überwindung größter Schwierigkeiten, weil die Industrie die dafür benötigten Materialien nicht eingeplant hatte - in Varga am Schwarzen Meer in Bulgarien ein Erholungsheim für Journalisten aus aller Welt gebaut. Gegen geringe Unkostenbeiträge soll jeder Journalist aus der ganzen Welt - auch aus der westlichen - dort seine Ferien verbringen können. Dabei sollen den westlichen Journalisten jede möglichen Erleichterungen eingeräumt werden.

Auf Anweisung der Sowjet-Union wurden kürzlich in allen Satelitenländern unter der Leitung des jeweiligen Außenministers, von Vertretern der Wirtschaft, der Finanzen, der Verteidigung und der Sozialfürsorge Komitees gegründet, die vorbereitende Arbeiten für den von der Sowjet-Union vorgeschlagenen Friedensvertrag mit der Bundesrepublik und der Ostzone leisten sollen. Es steht fest - das Datum ist noch von den etwaigen Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjet-Union abhängig - , daß eine Friedenskonferenz im Sinne Moskaus noch vor dem Ablauf der Frist, nach der die Sowjet-Union die Nohheitsrechte

der Zone übertragen wird, stattfinden wird, ob mit oder ohne die westlichen Länder. Bei der Festlegung ~~konnte zwischen~~ des Tagungs-ortes konnte zwischen den beiden Außenministern Rapacki und David keine Einigung erzielt werden, wenigstens keine endgültige. David, Gregor und auch der polnische Botschafter Lazur waren für Prag, Rapacki dagegen. Erst ein Kompromißvorschlag Gregors, Warschau als Tagungsort zu wählen, wenn die Aussicht besteht, daß während der vorgeschlagenen Friedenskonferenz auch der Rapacki-Plan in irgend einer Form mit zur Sprache gebracht wird, hat halbwegs allgemeine Zustimmung erzielen können. Ferner ist zur Sprache gekommen, daß sowohl die CSR als auch Polen gegenüber einem konföderativen Deutschland (Bundesrepublik und die Ostzone) keine Forderungen auf Reparationen stellen werden. Sie beabsichtigen jedoch nicht, auf irgendwelche Grenzkorrekturen einzugehen.

Die von den Sowjets vorgeschlagene Friedenskonferenz wird, wie schon gesagt, auf alle Fälle stattfinden, um zumindest mit der Ostzone einen Friedensvertrag abzuschließen. Damit wird der Ostzone durch die völkerrechtliche Anerkennung als Staat in der Form des Abschlusses eines Friedensvertrages eine stärkere juristische Handhabe zur Übernahme der staatlichen Hoheitsfunktionen gegeben und damit auch ~~die~~ Kontrollmöglichkeiten von und nach Westberlin auf dem sogenannten legalen Wege. Als vorläufiges Datum für die Verhandlungen ist der Anfang des April in Aussicht genommen worden.

Sollte es zur Versteifung in der Berliner Frage kommen, dann will man alle Deutschen und westlichen Ausländer einem Visumzwang von und nach Berlin-West durch die Zonenbehörden unterziehen. Für die Bürger von Westdeutschland und der nichtkommunistischen Länder wird dann die CSR das Durchreisevisum z.B. nach Polen oder der Sowjet-Union durch ihr Gebiet verweigern, um so all diese Personen doch über die Zonenbehörden zu leiten.